

berhebt sie sich nicht, daß bei der außerordentlich kritischen Lage der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden diese Aufgabe auch bei äußerster Sparlichkeit nur schwer zu lösen sein wird.

Die Gesundung der Staatsfinanzen

wird in erster Linie davon abhängen, ob es gelingt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und damit eine gesunde Grundlage für die Ausgleichung des Staatshaushalts zu schaffen.

Als eine vornehmste Aufgabe sieht es die Regierung an, den staatlichen Besitz zu erhalten und weiter auszubauen.

Ein Abbau und Umbau des Verwaltungsorganismus

Es muß (Sehr richtig in der Mitte.) Die Staats- und Gemeindeverwaltung soll durch Heranziehung aller dafür geeigneten Kräfte gefördert werden.

Die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung

Im verflochtenen Jahre durchwegs erlebnisreich gewesen sind. Auch die Beziehungen der einzelnen Landesregierungen zueinander sind vielfach durch allzu scharfe Betonung der parteipolitischen Gegensätze getrübt worden.

Eine weitere Schwierigkeit, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt vorfindet, ist die daß sie durch den Ausnahmezustand in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt ist.

Die Rechte des Ausnahmezustandes auf ein Mindestmaß herabzusetzen und damit zugleich seine Aufhebung beschleunigen zu können.

Die gegenwärtige Regierung legt besonderen Wert darauf, alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zusammenzuführen und den Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Siege der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (Wächter bei den Kommunisten, Wächter in der Mitte) als Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung unseres Vaterlandes zu verwirklichen.

Die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Fraktion, mit Ausnahme des Abgeordneten Heßlich, war während der Rede des Ministerpräsidenten nicht im Saale anwesend.

Die Vizepräsidentenfrage

Der Präsident erklärt, es werden der Abg. Dr. Cöberl (Dnat. Vp.), der bisherige 2. Vizepräsident, zum 1. und der Abg. Dr. Hübschman (D. Vp.) zum 2. Vizepräsidenten vorgeschlagen.

Heberblick über die Finanzlage des Staates,

die sich nach seinen Ausführungen im Augenblick als außerordentlich ernst darstellt, weil das Reich mit seinen Ausgaben die Einnahmen immer knapper halte.

weiter zu gewöhnen. Von diesem Zeitpunkt an wird also das Land seinen Forderungsaufwand vollständig allein aufbringen müssen.

Die tatsächlichen Ausgaben werden auf 40 bis 50 Goldmillionen geschätzt, die aus den Einnahmen des Landes, aus den Gebühren und aus den Erträgen der verschiedenen Staatsanlagen gedeckt werden sollen.

Zu den tatsächlichen Ausgaben tritt aber noch ein Aufwand, der allerdings außerordentlich bedeutend ist: die Unterhaltungen an Erwerbslose und andere Unterhaltungsbedürftige.

Der Beschluß des Reichskabinetts vom 14. Dezember 1923 über die Dienstzeit der Beamten

Der § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 erklärt Johann, daß die den Betrieben und Verwaltungen des Reichs und der Länder sowie den Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgelegten Dienstverträge das Recht haben, die für Beamte gültigen Dienstverträge über die Arbeitszeit auf die übrigen Arbeitnehmer der genannten Betriebe und Verwaltungen nach soweit laufende Verträge dem entgegenstehen zu übertragen.

Die Arbeitszeitverlängerung in den Staatsbetrieben

Protest der freien Gewerkschaften

Die für die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe und Verwaltungen zuständigen freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben zu den Maßnahmen der Reichsregierung über die Regelung der Arbeitszeit in den Betrieben und Verwaltungen der genannten Behörden in folgender Protesterklärung Stellung genommen:

Der Beschluß des Reichskabinetts vom 14. Dezember 1923 über die Dienstzeit der Beamten steht im Widerspruch mit dem in der Reichsverfassung enthaltenen Grundsatz, daß die Beamten die gleichen Rechte wie die übrigen Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltungen genießen sollen.

Trotzdem werden die Arbeiter und Angestellten der sogenannten Betriebe und Verwaltungen und ihre wirtschaftlichen Vereinigungen des Reichs und der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Festsetzung der Bestimmungen über die Arbeitszeit herab und die durch Verträge gewährtesten Rechte rücksichtslos beseitigt.

Damit wird ferner die arbeitsrechtliche Entwicklung rückwärts geführt, statt die von den Arbeitern und Angestellten ergründeten Fortschritte des sozialen Rechts der jüngsten Zeit auf die Gestaltung des Dienstverhältnisses der Beamten anzuwenden, wird das Recht der Arbeiter und Angestellten durch

Baldwins letzte Thronrede

London, 15. Januar. (Eig. Drahtber.) Heute vormittag begab sich der König in Begleitung der Königin und des üblichen Hofstaates vom Buckingham Palace nach Westminster zur Eröffnung des Parlamentes.

London, 15. Januar. (Eig. Drahtber.) Am Nachmittag begann im Unterhaus die Debatte über die Antwort des Parlaments auf die Thronrede, von der man die Niederlage der Regierung und den Aufstieg der Arbeiterpartei zur Regierungsmacht erwartet.

Zu Beginn auf die ausserordentlichen Angelegenheiten ist die Lage immer ernster geworden und wir benötigen eine entschlossene und wirksamere britische Politik.

25 Goldmillionen bringen. Die Landwirtschaft wird von der Grundsteuer hart betroffen, dafür wird sie durch die Gewerbesteuer verhältnismäßig wenig belastet.

Abg. Müllig (D. Vp.) als Berichterstatter beantragt die Annahme der Vorlagen in der Ausschussfassung.

Abg. Fegensteh (Dnat. Vp.) beantragt, die neuen Steuern werden den Ruin der Landwirtschaft zur Folge haben (Lachen links) und tritt einige Minderheitsanträge, die die Gewerbesteuer nur auf eine halbe Goldmark festgesetzt sehen und die Grundsteuer auf einen lächerlich geringen Betrag herabdrücken wollen.

Abg. Schneider (D. Vp.) hätte gewünscht, daß in die Gewerbesteuer auch die Genossenschaften einbezogen worden wären.

Die weitere Debatte, die sich bis in die Abendstunden hinzieht, wird ausschließlich von den bürgerlichen Fraktionen bestritten.

Am Schlußwort stellte der Berichterstatter fest, daß sich die Kommunisten an den Ausschussberatungen überhaupt nicht beteiligt haben, heute aber hier ihre Agitationsreden halten.

Beamtenabbau - Maßregelungen

Nach der Personal-Abbau-Verordnung soll bei dem Abbau der Beamten lediglich der Wert der dienstlichen Leistungen für die Verwaltung entscheidend sein.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen erheben gegen dieses Ausnahmeverfahren scharfe öffentliche Proteste.

Die rein bürgerliche Regierung Marx-Stresemann enthält mit dieser Art des Abbaues ihr wahres Gesicht, denn es handelt sich hier um Maßregelungen, die im Interesse der Arbeiterpartei eine Mitwirkung bei der Durchführung des Abbaues zugestanden wird.

Die gegenwärtige Regierung legt besonderen Wert darauf, alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zusammenzuführen und den Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Siege der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (Wächter bei den Kommunisten, Wächter in der Mitte) als Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung unseres Vaterlandes zu verwirklichen.

Die reine bürgerliche Regierung Marx-Stresemann enthält mit dieser Art des Abbaues ihr wahres Gesicht, denn es handelt sich hier um Maßregelungen, die im Interesse der Arbeiterpartei eine Mitwirkung bei der Durchführung des Abbaues zugestanden wird.

Die reine bürgerliche Regierung Marx-Stresemann enthält mit dieser Art des Abbaues ihr wahres Gesicht, denn es handelt sich hier um Maßregelungen, die im Interesse der Arbeiterpartei eine Mitwirkung bei der Durchführung des Abbaues zugestanden wird.

Ein Komplott gegen Seekt?

Berlin, 16. Januar. (Eigene Meldung.) Am Dienstag vormittag ist in dem bekannten Café Post am Potsdamer Platz in Berlin ein früherer Offizier durch die politische Abteilung des Polizeipräsidiums verhaftet worden.

Der unter dem dringenden Verdacht steht, ein Attentat gegen General v. Seekt, den Chef der Heeresleitung und Inhaber der Vollzugs Gewalt, geplant zu haben.

Der Verhaftete soll mehrere Spießgesellen haben, die angeblich alle denselben rechtsradikalen Kreisen angehören, wie die Mörder von Ergberger und Rathenau.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.